

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement (für den Monat frei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (einschließlich Postgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Altonaerstraße 2 / Fernsprecher: 2 / Fernpost: Altonaerstraße 2 / Dresden-21, Oberbahnpostamt
Schreibweise: Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

Anzeigenpreise: Die neunmal gestaffelte Nonpareilzelle oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzelle anschließend an den dreigestaffelten Tarifteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Oberbahnpoststraße 2 / Die Arbeiterstimme erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 20. März 1926

Nummer 67

Fort mit der Banfrott-Regierung!

Rechte SPD.-Führer wollen Luther stützen

Der sozialdemokratische Außenminister Deutschlands — auf dem Namen — Freitsch, läßt einen Artikel durch die SPD-Presse gehen, in dem er „Trotzdem Völkerverbund“ fordert. Freitsch ist derjenige Sozialdemokrat, der mit radikal liegenden Werten stets die Geschäfte der deutschen Bourgeoisie betreibt, wenn diese um ihre eigene Sicherheit besorgt ist.

Rechts in Brasilien das Karnickel, hinter dem noch eine sozialdemokratische Regierung beginnend und antreibend gestanden ist. Da aber auch der Vorkämmerer aller bürgerlichen Diplomaten sehr gut weiß, daß die „Schuld“ Brasiliens und Italiens nicht nur auf die Sozialdemokratie, sondern auch auf die Engländer zu übertragen, sondern daß es gerade umgekehrt ist, so bringt er sich zu folgenden Zugeständnissen an die Sozialisten:

„Es steht schon dabei, daß der französische und englische Außenminister, würden wir es gelinde aus, eine recht zweifelhafte Politik getrieben haben. Nicht nur eine zweifelhafte, sondern auch eine sehr unkluge.“

Freitsch will sich dann allerdings „nicht zu sehr in die Details des Unglücks vertiefen“, und er hofft, daß „aus der praktischen erworbenen Erkenntnis von den Schwierigkeiten ... auf dem Wege zu einer auf dem Boden des Völkerverbundes zu schaffenden europäischen Interdependenz“. Diese „europäische Interdependenzgemeinschaft“ — die „Kommunikation naturlich!“ — würde aber geführt durch den Völkerverbund. Und so erklärt dann der Weltmeister der Völkerverständigung:

„Der Sturz der Regierung (Luther-Stresemann, d. Red.) gehört eine Mehrheit im Reichstag. Diese Mehrheit kann sich doch nur finden, wenn sich der Nachweis erbringen läßt, daß der Reichstanzler und Außenminister politische Forderungen erlassen hätten. Das ist nach unserer (!) Ansicht mit uns nicht annehmbar, auch nach der der Regierungsparteien nicht möglich.“

So will Freitsch die Dinge vertiefen und den Luther-Stresemann die Wege zur Fortsetzung ihrer bisherigen sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Innenpolitik über den Sozialdemokraten — und im Wesen richtig — stellt sich ein Freund der Sozialdemokratie „Arbeiterstimme“ (Nr. 65 vom 18. März) in Fort heißt es unter der Überschrift: „Die Regierung ohne Völkerverbund“:

Der Sieg der republikanischen Völkerverbund (im Volksbegehren, d. Red.) ist der alleinigen auch eine Niederlage der Reichsregierung (im Original gesperrt, d. Red.), die nicht nur nichts getan hat, um das Volksbegehren zu fördern, sondern bei ihrem Beginn in einer amtlichen Verlautbarung offen er-

klärte, daß sie dagegen sei. Das republikanische Deutschland hat durch diese Abweisung mit aller Klarheit erklärt, daß die Politik der Regierung Luther-Stresemann nicht die seinige ist.“

Nachdem die „Arbeiterstimme“ schreibt, daß sie im Prinzip für die Locarno- und Völkerverbundpolitik nach wie vor einträte, erklärt sie:

„Aber wenn die Haltung der Regierung in Genf im Prinzip richtig war, war sie darum noch keineswegs geschickt und fruchtbar.“

Und weil klarer als Freitsch stellt sie die Hintergründe des Genfer Zusammenbruchs:

„Tatsächlich spielte sich dort ein Kampf der Imperialisten ab, für den die Frage der Ratschläge nur die äußere Form war. Hinter Polen stand Frankreich, hinter Spanien England und hinter Brasilien Italien. Die Regierungen der drei Großmächte mit den allen gefährlichen Mitteln der Geheimdiplomatie, der Intrige, des Freistuges und vor allem des geschäftlichen Ausgebotes.“

So kann auch die „Arbeiterstimme“ nicht umhin, zum Schluß zu schreiben:

„Ihre Autorität hat damit einen entscheidenden Schlag erhalten. Sie hat keine Anhänger mehr, weder auf der Rechten noch auf der Linken. Sie entspricht vielleicht noch den parlamentarischen Verhältnissen. Aber die parlamentarischen Verhältnisse entsprechen nicht mehr der Stimmung des Volkes. Das Volksbegehren hat bewiesen, daß das Volk eine entschlossene Antipositivität auf allen Gebieten will. Ein neuer Reichstag, eine neue Regierung sind nötig, um diesen Willen zu verwirklichen. (Sperrungen im Original, d. Red.)“

Das ist das, was auch wir Kommunisten sagen: Die Regierung Luther-Stresemann muß verschwinden! Sie ist gegen den Völkerverbund, gegen die Erwerbslosen, gegen die Beamten, gegen die sozialistischen Arbeiter, gegen alles, was der breiten Masse helfen könnte, und sie ist für alles, was der Bourgeoisie den Kampf gegen das arbeitende Volk erleichtert.

Die rechten SPD-Führer & die Freitsch wollen diese Luther-Regierung mit dem Vorwand der „außenpolitischen Notwendigkeiten“ stützen, die „Linken“ reden schon von ihrem Sturz und fordern mit uns die Reichstagsauflösung. Aber nur die massenbewusste Arbeiterschaft unter Führung der KPD wird handeln können.

Schlotternde Angst!

Obwohl das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens noch nicht vorliegt, ist schon heute ersichtlich, daß die unter der Führung der Kommunisten organisierte Volksbewegung nicht nur die höchsten Erwartungen in unserem eigenen Lager, sondern auch die schlimmsten Befürchtungen aller monarchistischen Reaktionen übertroffen hat. Das Ergebnis, das sich bestimmt auf mehr als 12 Millionen beläuft, ist für die breiten Schichten der Arbeiter die Quelle neuer Kraft und wiedererlangten Selbstvertrauens, aus dem der entschlossene Wille zu neuen Siegen geboren wird. Der Sieg über die Fürstentum hat in der Front der Gegner heillose Verwirrung angerichtet. Der Sieg hat gründlich gefaselt. Die gesamte bürgerliche Presse, die die Volksbewegung am liebsten totgeschwiegen hätte, ist in größter Verwirrung. Nur langsam erholt man sich in den Kreisen der Fürstentum von dem Schrecken, den ihnen die Millionenstimm der Einzelwähler hat in die Glieder fahren lassen. Man erkennt nur allzu deutlich die drohenden Gefahren, die das glänzende Ergebnis des Volksbegehrens signalisiert. Die Tatsache, daß es den Kommunisten gelungen ist, durch ihre entschlossene Haltung in der Frage der Einleitung und Durchführung des Volksbegehrens die breiten Mittelschichten unter der Führung der Arbeiterklasse zu sammeln und in die Front gegen die Monarchisten einzureihen und loszulassen von den bürgerlichen Parteien, ist den Fürstentum ein warnendes Menetekel. Die Niederlage der Reaktion in der Frage des Volksbegehrens und die durch den Zusammenbruch der antimonarchistischen Lutherpolitik in Genf sich zuspitzende außenpolitische Lage stellen die deutsche Bourgeoisie vor schwere politische Entscheidungen. Die schlotternde Angst vor den kommenden Auseinandersetzungen kann die bürgerliche Presse nur schlecht verbergen. Nicht umsonst schreibt das „Berliner Tageblatt“ in der Donnerstag-Abendausgabe:

„Die enorme Beteiligung an diesem ersten Volksbegehren ist jedenfalls eine Warnung an den Reichstag. Eine noch größere Warnung aber bedeutet das Ergebnis des Volksbegehrens für die Koalitionsparteien und die schwankenden Teile der Koalitionsparteien. Wenn das angekündigte Kompromiß nicht in einer Form zustandekommt, die den gerechten Forderungen des Volkes entspricht, dann könnte durch den Volksentscheid eine viel radikalere Lösung der Abstimmungsfrage erzwungen werden, als diejenige, die man jetzt auszuweichen versucht. Die Rechte ist sehr tief genug, um gefaselt der Vorgänge in Genf mit dem Gedanken der Reichstagsauflösung zu spielen. Wenn aus dem Spiel Ernst werden sollte und Reichstagswahlen unter der doppelten Barade „Locarno und Völkerverbund“ angesetzt würden, hätte sie böse Überraschungen zu erwarten.“

Die Furcht vor dem Anschwollen der „roten Flut“ diktiert dem Artikelreiber des „Berliner Tageblattes“ diese Sage. Die Furcht der bürgerlichen Parteien vor der kommenden Abrechnung ist verständlich, nach den im gleichen Artikel vorher gemachten Feststellungen.

„Dah die genaue Prüfung der Ergebnisse (des Volksbegehrens, d. Red.) in allen Lagern ansehnliche Teile der Wählerkraft den Führern den Gehorsam verweigert. Nicht nur die republikanischen Parteien, sondern bis weit in das Lager der Rechten hinein. Auf der anderen Seite leidet die Beobachtung, daß von den früheren Wählern der Koalitionsparteien, namentlich jene Kreise, die im Dezember 1924 noch den deutschen nationalen Kampferwartungen gegenüber getreten haben, sich jetzt massenweise von ihnen abenden.“

Während so das „Berliner Tageblatt“ offen den gewaltigen Erfolg des Volksbegehrens zugeben muß und die drohenden Gefahren nicht schwarz genug an die Wand malen kann, versuchen die schwerindustriellen „Völkerverbund Nachrichten“ in ihrer Freitagnummer in einem Artikel: „Zwischen Volksbegehren und Volksentscheid“ mit einer Ganzseitigen journalistischer Verdrückungslust die schwere Niederlage der Fürstentum zu demanteln, ohne daß es ihnen dabei gelingt, die Furcht vor einer noch größeren Niederlage verbergen zu können. Nachdem die „V. N. N.“ den Altmärkischer großer Teile bürgerlicher Wähler in die antimonarchistische Front in das Gegenteil eines Erfolges der Volksbewegung zu verwandeln versucht, und trotzdem man die angebliche Antipositivität des Volksbegehrens prophezeit, stoßen sie folgenden Kasandrastuf aus:

„Es ist dringend zu wünschen, daß die Parteien, die sich bislang im Reichstagsauschuss dem Kompromiß widersetzt haben, ihre Haltung ändern und ihm mit den Regierungsparteien zusammen zur Annahme verhalten. Geschieht dies, dann würde das Interesse an dem Volksentscheid erheblich abflauen.“

Nach diesem Liebeswerben an die Deutschnationalen und Sozialdemokraten, das drohende Unheil doch mit abzuwenden zu helfen, folgt der erste Warnungsruf an die monarchistischen Kreise, unter allen Umständen die schwere Gefahr eines Sieges der Volksbewegung durch die Annahme des Kompromißentwurfes abzuwenden. Die „V. N. N.“ schreiben weiter:

„Verharrt sie aber weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt, dann würde die Bewegung zugunsten des Volksent-

Völkerverbundsdebatte im Reichstag

Wie die „Arbeiterstimme“ heute morgen meldet, beendete der Reichstag am Montag mit der Beratung des aus- und einwärtigen Verkehrs. Damit soll die große Debatte über Genf abgeschlossen werden, für die die Kommunisten bereits einen Wahlforschungsantrag und die Aufforderung an die Regierung gestellt haben, das Eintrittsgesuch in den Völkerverbund schleunigt zurückzugeben.

Die Regierungsparteien werden, wie die „Germania“ berichtet, zum Schluß der außenpolitischen Aussprache des Reichstages eine Entschließung einbringen, in der die Haltung der linken Delegation gebilligt wird. Nach den Mitteilungen der Telephon soll diese Entschließung in einer Form abgefaßt werden, die den Sozialdemokraten die Zustimmung ermöglichen würde, die der Luther-Regierung das Leben retten soll. Nach den Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ werden heute, am Samstag, die Fraktionsführer der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen vom Reichstanzler und Reichsaußenminister empfangen werden. Desgleichen sind die Vertreter der Reichstagsfraktionen für Sonnabend nachmittag in die Reichstagskammer gebeten.

Ein neues Zürgens-Opfer der Klassenjustiz

10 Jahre Zuchthaus beantragt auf Grund des gefälschten Materials Zürgens'

Stuttg., 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Nach der Verurteilung von Fritz Neumann, der es als ganz unwahrscheinlich behauptete, daß Deud in Schloß M. Weiser war, da gegen ihn ein Parteiverfahren schwebte, plädierte der Reichsanwalt unter Umgehung der Tatsache, daß die gesamte von Deud zugegebene Tätigkeit Reichswehrvorbereitung im Interesse der Proletarier gegen die sozialistischen Fernememorandumorganisationen war, und machte daraus ein Verbrechen, daß Deud entschlossene Männer organisieren und bewaffnen wolle. Auf die Auslage des als Spion überführten Kowalew gründete er die Anklage eines Spionvergehrens. Er sprach in seinen Ausführungen von „spionistischem Verbrechen“, unterhielt, die auf Paranzstationen

Das Volksbegehren im Reichstagsauschuss

In der Freitagssitzung des Reichstagsauschusses begann die Generaldebatte über den neuen Entwurf der Koalitionsparteien und damit die zweite Beratung der Anträge auf Entziehung der ehemaligen Fürsten. Als erster Redner sprach der deutschnationalen Reichstagsführer von dem „Kauf“, der an den arme, beschleidenen Fürsten begangen werden soll. Darauf erklärte der Sozialdemokrat Rosenfeld, daß sich die SPD mit allen Kräften für den Volksentscheid einsetzen werde. SPD mit allen Kräften für den Volksentscheid einsetzen werde. SPD mit allen Kräften für den Volksentscheid einsetzen werde.

des nicht gehörten Agentenprokureurs Sedow betreiben. Trotz gegenteiliger Beweise hält der Vorkläger es für erwiesen, daß Sedow in Breslau M. Weiser war, und beantragte gegen Deud 10 Jahre Zuchthaus unter Anwendung von 18 Monaten Untertunigkeit. Er beantragte weiter, die Vergeltung für politische Gefangene nicht in Anwendung zu bringen, da er überaus zugehend gehandelt habe. Der Staat könne für seine Bürger nicht zulassen, daß sie durch verbrecherische Tätigkeit gefährdet würden, selbst wenn politische Motive zugrunde gelegen haben. Die übrigen Angeklagten beantragte er zu amnestieren. Der Verteidiger Dr. Verbach verpflichtete die Mitglieder des Reichsanwaltes. Ein Schlussbericht liegt noch nicht vor. Das Urteil ist heute zu erwarten.